t.311 Aethiopien 5 - ZN/as

Aktennotiz

Zusammenfassung der Besprechung mit Bundespräsident Graber

Fortführung Duke of Harrar-Spital

Donnerstag, 30. Januar 1975, 10 - 11.45 Uhr

Anwesend: Bundespräsident Graber, Vorsitz

Botschafter Thalmann Botschafter Gelzer

Botschafter R. Keller

Herr Barbey Herr Erni

Botschafter Heimo

Herr Wilhelm Frl. Zanolli

1. Bundespräsident Graber gibt der Hoffnung Ausdruck, dies möge das

letzte Mal sein, dass man sich über dieses Projekt zu unterhalten habe.

Man hätte einen Fehler gemacht, sich auf die Durchführung dieses Projektes einzulassen.

Es gehe nun darum, in einer Periode in der die Technische Zusammenarbeit insgesamt unter starker Kritik in der Oeffentlichkeit und im Parlament zu leiden habe, das Schlimmste zu verhüten und man müsse eine maximale Anstrengung machen, um das Gesicht zu wahren.



2. Der Delegierte erklärt die momentane Situation, indem er darauf hinweist, dass die politischen Veränderungen in Aethiopien und der Rückzug der Fakultät, uns die Mittel in die Hand geben, das Projekt, das von Anfang an falsch konzipiert war, auf eine unseren Richtlinien der medizinischen Entwicklungszusammenarbeit gemässe Bahn zu führen, sofern die aethiopischen Behörden gänzlich die finanzielle Verantwortung übernehmen würden.

Die positiven Aspekte des Projektes, insbesondere die Ausbildung, die sich ja nicht nur auf einen Beitrag an die Ausbildung aethiopischer Aerzte konzentriert hat, sind nach wie vor von Bedeutung.

Die negativen Aspekte, insbesondere das bisherige Tarifsystem, das einer medizinischen Versorgung für breite Bevölkerungskreise entgegensteht, müssen im neuen Konzept modifiziert werden.

Die Besprechung, die zwischen Botschafter Langenbacher und dem Gesundheitsminister stattgefunden hat (Telex Nr. 24 vom 28.1.75) gibt uns Hinweise, dass die Aethiopier nach wie vor die schweizerische Zusammenarbeit wünschen und das Spital als zentrale Ausbildungsstätte sehen.

- 3. Botschafter Keller weist in diesem Zusammenhang auf den positiven Beitrag des Katastrophenkorps hin, das es ermöglicht hat, die Aussenstation Gewani instand zu stellen, sodass die aerztliche Tätigkeit und Betreuung der Bevölkerung in diesem Gebiet unter besseren Verhältnissen als bisher gewährleistet werden kann.
- 4. Der Delegierte sieht das Spital in seiner Auswirkung, die es auf die Ausbreitung der "health stations" haben könnte.
- 5. Herr Wilhelm macht darauf aufmerksam, dass ein vorzeitiger Abbruch unserer Verpflichtungen mit Aethiopien von der

Oeffentlichkeit und vom Parlament als Verschwendung der eingesetzten Mittel ausgelegt werden könne.

- 6. Botschafter Thalmann weist darauf hin, dass man sich ehrenhaft aus der Sache ziehen müsse, denn die Oeffentlichkeit lege die Tatsache, dass die medizinische Fakultät sich aus dem Projekt zurückgezogen habe in einer Weise aus, als sei eine Fortführung nun verunmöglicht worden, d.h. dass die Fakultät zwar, als Trägerin des Projektes verstanden habe um was es gehe, während die Beamten des EPD die Situation nicht richtig erkannt hätten.
- 7. Botschafter Gelzer gibt seiner Skepsis Ausdruck, ein wirklich sinnvolles Konzept durchführen zu können und befürwortet deshalb auch einen Abbruch des Projektes und eine Kündigung des Vertrages mit Aethiopien.
- 8. Auf die Frage von Frl. Zanolli aufgrund welcher Umstände eine solche Kündigung des Vertrages Aethiopien gegenüber begründet werden könne, antwortet Botschafter Thalmann, die Tatsache, dass der Projektträger (die med. Fakultät) sich zurückgezogen habe, sei eine ausreichende Begründung. Frl. Zanolli entgegnet Botschafter Gelzer, dass das neue Konzept nicht in einer Umstrukturierung des Spitals bestehen könne, sich jedoch wesentlich im Inhalt der Lehre und dem den Verhältnissen in Aethiopien angepassten medizinischen Stil ausdrücken müsse.
- 9. Botschafter Heimo weist auf die Möglichkeit hin, den zwischenstaatlichen Vertrag zu ändern und anzupassen, jedoch unter Beibehaltung des ursprünglichen Datums des Vertragsendes (Nov. 76).
- 10. <u>Bundespräsident Graber</u> meint, dass er einigermassen beruhigt sein könnte, wenn er auf Anfrage des Parlamentes die Versicherung abgeben könnte, dass das Spital einen zentralen Beitrag inner-

halb eines sozialen Gesundheitswesen leisten könne und dass nach Vertragsende klar vorgelegt werden könne, was in dieser Hinsicht durch den schweizerischen Beitrag geleistet worden sei. Bundesrat Graber betont ausdrücklich, dass ein Beitrag der Schweiz an ein soziales Gesundheitswesen in Aethiopien, das breiten Bevölkerungskreisen zugute kommt, die conditio sine qua non für die Fortführung des schweizerischen Engagements sei.

- ll. Herr Wilhelm weist auf ein anderes Projekt hin, die Hilfeleistungen an die Tibeter-Flüchtlinge in Nepal das seinerzeit vom IKRK übernommen werden musste, und wo schliesslich trotz sehr vieler Schwierigkeiten ein erfolgreicher Abschluss der Aktion möglich war. Wenn die Verpflichtungen Aethiopiens eingehalten werden, so besteht noch eine Chance. Im übrigen will die medizinische Fakultät Bern heute ihre Verpflichtungen begrenzen, nachdem für die Initianten verschiedene der seinerzeit gegebenen Voraussetzungen für die Realisierung des Projekts heute dahingefallen sind. Für die Rekrutierung von neuem Personal ist die neue Konzeption nötig.
- 12. <u>Botschafter Thalmann</u> meint, dass nur kurze Zeit vor uns liege und eine Entscheidung im März/April zu spät sei.
- 13. Bundespräsident Graber verlangt eine sofortige und rasche Entscheidung und erteilt Botschafter Heimo das Mandat sich nach Addis Abeba zu begeben, um mit den Verantwortlichen im Ministerium ganz konkret die Möglichkeiten des Schweizer Beitrags zu diskutieren auf der Basis des Dokumentes, das dem Ministerium am 6.12. vorgelegt worden sei und im Hinblick auf einen Beitrag gemäss unseren Richtlinien. Die Schweizerische Haltung müsse absolut kategorisch sein in bezug auf die finanziellen Verpflichtungen und Zahlungen als auch in bezug auf das Konzept der Sozialmedizin.
- 14. Herr Erni schlägt eine interne Sprachregelung vor, nachdem

eine Presseinformation von Bundespräsident Graber abgesagt worden ist. Text beiliegend.

15. <u>Bundespräsident Graber</u> wünscht, dass der Antwortbrief an den Dekan der medizinischen Fakultät auf die definitive Kündigung vom 17.1.1975 schärfer formuliert werde.

N. Zanolli